

„Schlicht eine Katastrophe“

MdL Tobias Wald zur Hundseck-Entscheidung

Ottersweier (red). „Unfassbar und schlicht eine Katastrophe“: Mit diesen Worten reagiert MdL Tobias Wald (CDU) auf die Entscheidung des Regierungspräsidiums (RP). Wie berichtet, hat die Karlsruher Behörde die Verfügung des Landratsamts Rastatt, die Ruine Hundseck abzureißen, aufgehoben.

„Ich pflichte Jörg Schmidt, immerhin ehemaliger Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs

Baden-Württemberg, bei: Die Entscheidung steht nicht nur in völligem Widerspruch

zum Urteil des Amtsgerichts, sondern verkennt die Tatsache, dass die Ruine das Landschaftsbild und das gesamte Umfeld verschandelt“, stellt der CDU-Landtagsabgeordnete fest.

Wald verweist in einer Pressemitteilung darauf, dass er seit Jahren intensiv alle Bestrebungen unterstütze, den Schandfleck zu beseitigen. Es gab seinen Ausführungen zufolge auch schon einen sogenannten Runden Tisch, wobei Lösungen aufgezeigt worden seien. „Jene wurden aber torpediert. Und zwar von den Eigentümern: Sie sorgten mit Petitionen für eine völlig überflüssige

Zeitverzögerung und zudem mit einer Auflassungsvormerkung im Grundbuch für weitere Verwirrung.“ Durch die Entscheidung des RP „sind wir jetzt so weit wie vor vier Jahren“, bedauert Wald. Und deshalb „bringt ein erneuter Runder Tisch, wie von meiner Kollegin Beate Böhlen vorgeschlagen, leider schlichtweg nichts. Oder wollen wir weiter billigen, dass die Eigentümer uns und der

gesamten Region weiter auf der Nase herumtanzen? Nein!“

Das RP habe eine schnelle Lösung

vereitelt. Jene lag und liegt laut Wald auf der Hand: Eigentumsverhältnisse klären, denn erst dann mache eine Ersteigerung Sinn. Dann könne der Investor, der bereitstehe, den beabsichtigten touristischen Leuchtturm schaffen. „Und für eine Förderung durch das Land werde ich mich einsetzen“, verspricht Wald. Gute Gespräche darüber habe es schon gegeben. Wald: „Das hätte alles schnell gehen können. Doch durch die unverständliche RP-Entscheidung geht die Hängepartie jetzt weiter. Damit ist klar, wo die Verantwortung für das Debakel liegt.“

Kritik am Regierungspräsidium
